

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 130 B

BERLIN • Sonntag, den 5. Juni 1932

1. JAHRGANG

Die „nationale Konzentration“.

Der Geist von 1914. / Der Golgathaweg der Arbeiterschaft.

W-er. Die nationalistische Verhetzung nimmt gespenstische Formen an. Es ist bezeichnend, daß keine Partei, die jetzt um die Gunst der Wähler buhlend in den Wahlkampf eintritt, sich versagen kann, in irgend einer Verbindung mit ihrer Politik eine nationalistische Phrase anzubringen. Selbst der Leitartikel der „Roten Fahne“ schließt damit, daß das deutsche notleidende Proletariat durch die Kommunistische Partei zur nationalen Befreiung geführt werde. Solche Entwicklungen wie die jetzige des deutschen Volkes zum ausgewachsenen Delirium des Nationalismus sind nicht zufällig; es ist der Fluch der bösen Tat schon immer gewesen, fortzeugend Böses zu gebären: Wer in sein Gehirn und in sein Gefühl nicht Ordnung zu bringen vermag, wenn nicht klar ist, daß die „Nation“ völlig grundlos über alle Gesetze der Menschlichkeit, Anständigkeit, internationaler Höflichkeit, Rechtlichkeit und Kultur gestellt wird, wer nicht eindeutig von Anfang an jede Mitarbeit an der Aufrichtung des Götzen Nation verweigert, der darf sich nicht wundern, wenn dieser Götze schließlich, durch jahrelange Pflege zu einem Mastvieh ausgewachsen, seiner Bestimmung und seiner inneren Natur gemäß alles zertrampelt, was sich einen Rest von Verstand bewahrt hat.

Den wildgewordenen Nationalisten gegenüber gibt es nur zwei Mittel: entweder Kapitulation oder Kampf. Die Kapitulation hat auf allen Fronten reichend gewonnen: Sie umfaßt Juden und Germanen, Katholische und protestantische Christen, Kapitalisten und Sozialisten, sogar manche Kommunisten in trauter Gemeinschaft. Selbstverständlich ist der eine mehr, der andere weniger beteiligt, und die Einheitsfront des „ganzen Volkes“, die Burgfriedensideologie, die kaiserliche Phrase: Ich kenne keine Parteien mehr! — dieser ganze tönende und tötende Unsinn muß erst die Köpfe erfasst haben, ehe das Kind des Nationalismus: der Krieg, der für den Nationalisten verständlicher Weise und für vernünftige Menschen irrsinniger Weise als ein „vernünftiger Grund“, und zwar als der höchste gilt, das Licht der Welt orblicken kann.

Es ist bezeichnender Weise dem Kabinett PAPEN von Herrn KAAS vorgeworfen worden, und zwar drückt die „Germania“ diese Stelle des KAASSchen Briefes an PAPEN (von dem hier die Rede ist) fett:

„Sie selbst, verehrter Herr Reichskanzler, haben mir seinerzeit im Anschluß an Ihre Dülmener Rede und in Ausdeutung derselben ausdrücklich erklärt, daß zu einer nationalen Konzentration auch prominente Männer der Linken, selbst der sozialdemokratischen Linken, gehören sollten.“

Die Sozialdemokratie fehlt also nach der Meinung des Herrn KAAS noch in der nationalen Konzentration, und Herr VON PAPEN soll dies also früher auch selber geglaubt haben.

Wir glauben, daß die Sozialdemokratie nur im Kabinett der nationalen Konzentration fehlt, in diese selber hat sie sich längst eingereiht.

Sie hat z. B. durch Herrn HEILMANN, der eigentlich zum deutschen Nationalisten nicht vorausbestimmt ist, im preußischen Landtag den Nationalisten ausdrücklich angekündigt: „Jetzt aber werden wir Ihnen einmal zeigen, wie eine wirklich verantwortungsbewußte, wie eine ehrlich nationale Opposition aussieht.“ Um das gleich zu beweisen, faselt Herr HEILMANN lustig über Deutschlands „Wehlosigkeit“ und über die „Tributfrage“, so daß nicht einzusehen ist, was ihn innerlich von den Nazis trennt. Einen Tag später hat dann der Sozialdemokrat DRÜGEMÜLLER, ebenfalls im Landtag, erklärt:

„Herr FREISLER (einer der tollsten Nazis, Red.) hat angekündigt, sie würden auch das als politische Verbrechen bestrafen, was nach geltendem Recht noch unter keine Strafe fällt. Dieser Grundsatz ist weder neu noch deutsch. Er stammt von der Entente und ihrer Forderung der Auslieferung des ehemaligen Kaisers und der anderen sogenannten Kriegsverbrecher. Im wohlverstandenen nationalen Gefühl und wohlverständener nationaler Betätigung hat sich die Sozialdemokratie noch niemals übertreffen lassen.“

Die Selbstverständlichkeit, mit der dieser DRÜGEMÜLLER von der Entente und den sogenannten Kriegsverbrechern spricht, zeigt, daß er reif ist für die Einheitsfront mit den NS. Und der „Vorwärts“ selber, gleichsam um zu beweisen, daß die beiden zitierten Phrasen keine Einzelerscheinungen sind, stellt in einem Extrablatt die Frage:

Ist Ihnen bekannt, daß einer der ersten Kriegsfreiwilligen, die im Sommer 1914 fielen, der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. LUDWIG FRANK war?

Reichstag aufgelöst.

p Berlin, 4. Juni.
Der Reichspräsident hat am 4. Juni die Auflösung des Reichstages verfügt, da dieser in seiner heutigen Zusammensetzung nicht mehr den Willen des Volkes verkörpere.

Ueber den Zeitpunkt der Neuwahlen wurde noch kein Beschluß gefaßt. Er wird durch eine besondere Verordnung des Reichspräsidenten noch bekanntgegeben werden. Doch rechnet man mit Neuwahlen für Ende Juli.

„Nur einer für Deutschland: Mussolini“.

Gleiche Seelen finden sich.

HUGENBERGS „Tag“ stellt traurig fest, daß nur ein Volk sich erheblich bemüht, „uns“ d. h. die Pariser Regierung ganz zu verstehen: „das italienische, nur eine Nation gibt sich ohne Umschweife... als Freund zu erkennen, die Italiensche, nur ein Mann steht ganz für uns ein, freilich einer von Rang: MUSSOLINI.“

Wir verstehen diese Freundschaft gut; sie basiert im wesentlichen auf der Feindschaft beider Regierungen Frankreich gegenüber. Ueber den Nationalismus in Italien unterrichtet sehr anschaulich eine Rede, die der italienische Außenminister GRANDI im Italienischen Senat am Freitag gehalten hat. Interessant an seiner Rede ist allein der Schluß, dem offenbar auch das Hauptinteresse GRANDIS selber galt. Er führte aus:

Auch Italien habe sein Problem, auf das es die Aufmerksamkeit der Welt lenke und das nicht weniger ernst sei wie das der Freiheit und das der Sicherheit. Es sei eine Frage des Lebens und betreffe die Zukunft des italienischen Volkes, das 42 Millionen zähle, und nach 15 Jahren auf 50 Millionen angewachsen sein werde. „Können diese Millionen leben und blühen, wenn sie zusammengedrängt sind auf ein Gebiet, das die Hälfte des französischen, spanischen oder deutschen ausmacht, das keine Rohstoffe besitzt, das gefangen ist in einem geschlossenen Meer, während sein Handel über dieses Meer hinausreicht, dessen Schutzwände im Besitz anderer Staaten sind, während alle Völker der Welt gegen die Entwicklung des Verkehrs, der Kapitalbewegung, der Auswanderung Schranken errichten, um jeden zu entnationalisieren, der die Grenze überschreitet. Diese Frage, die Lebensfrage Italiens, wird eingereiht in die große Frage des Wiederaufbaus der Welt. Wir fordern, daß sie so aufgefaßt und gelöst wird.“

Dieser italienische Appell rührt an eine Frage, für die man auch in Deutschland das lebhafteste Interesse äußert: das Kolonialproblem.

Warum ist es eine Lebensfrage für das italienische Volk, Kolonien zu erlangen? Zu einer Lebensfrage für den

Jawohl, das ist uns bekannt; denn solcher Verrat an den Grundsätzen der Internationale ist nie wieder geübt worden. Man komme hier nicht mit der Albernheit, die ja nichts beweist, LUDWIG FRANK sei mit bester Absicht und reinem Willen und anderen schönen Qualitäten in den Krieg gezogen. Darüber wissen wir nichts, glauben aber gern, daß es so war. Was hier interessiert, ist die Tatsache, daß die Sozialdemokratie 1912 in Basel feierlich erklärt hat: „Die Proletarier empfinden es als Verbrechen, auf einander zu schließen zum Vorteil des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zur höheren Ehre diplomatischer Geheimverträge.“

Die Schlächterei, in der LUDWIG FRANK gefallen ist, war dadurch gekennzeichnet, daß Proletarier auf einander geschossen. LUDWIG FRANK hat also etwas getan, dessen Gegenteil er vorher versprochen hatte. Wie nennt man das? Einen Wortbruch!

Mit diesem Wortbruch, den wir wie gesagt nicht vergessen haben, fing die Schande der II. Internationale an; sie ist bisher nicht ausgelöscht worden.

AUS DEM INHALT:

Deutscher und polnischer Nationalismus.

Auch Ungarn muß seine NSAP haben.

Drügemüller war schon 1914 national.

Latifundien in Argentinien.

Regierungserklärung Seite 3.

einzelnen Italiener wird sie, selbst bei Uebervölkerung Italiens, nur dann, wenn alle andern Ländern ihm die Aufnahme verweigern. Solche Weigerungen kommen vor; Amerika und Frankreich sperren ihre Grenzen für auswärtige Arbeiter, um die Arbeitslosigkeit im eigenen Lande zurückzuhalten.

Diese Grenzsperrungen sind kapitalistische Maßnahmen; sie dienen der Regulierung des Arbeitslosenheeres, das man durch Anlockung auswärtiger Arbeiter anschwellen läßt, solange der dadurch steigende Lohndruck einen höheren Profit verspricht, und dessen Zuwachs man abstopft, sobald er einen Umfang annimmt, der den kapitalistischen Ablauf der Wirtschaft zu stören droht. In einer sozialistischen Gesellschaft — nicht etwa einem einzelnen sozialistischen Staat, der von kapitalistischen Nachbarn umgeben ist —, in einer Gesellschaft also, in der die Staatsmacht dazu eingesetzt wird, profitssichernde Monopole zu zerschlagen, statt sie zu schützen, da wird auch die Grenzregulierung dem gerechten Ausgleich zwischen zu stark und zu schwach bevölkerten Landstrichen dienen und nicht der Ausbeutung.

Aber eine Kolonialpolitik heutigen Stils ist dazu nicht erforderlich. Das Interesse, das in der heutigen Gesellschaft der Auswanderung von Mitgliedern des eigenen Volkes in einen anderen Staat entgegentritt, ist, wenn man ihm auf den Grund geht und sich nicht durch nationalistische Phrasen fangen läßt, wiederum ein rein kapitalistisches Interesse: Jeder Arbeiter, der sein Vaterland verläßt, geht diesem damit als Ausbeutungsobjekt verloren. Den Profit, der sich aus seiner Arbeitskraft schlagen läßt, stecken künftig fremde Kapitalisten ein. Daher das Gerede vom Reichtum eines Volkes, das Kolonien besitzt. Für ein Volk, das in seiner Verfassung die Anforderungen der Gerechtigkeit zur Richtschnur seiner Verfügungen gemacht hat, bedeutet der Besitz einer Kolonie eine Mehrbelastung mit Arbeit und sonst nichts. Alle Reichtümer, die sich nach dem heute üblichen Verfahren die „Mutterländer“ aus ihren Kolonien holen, sind nichts anderes als die Früchte eines Diebstahls an den Einwohnern dieser Länder.

Die III. Internationale ist selbstverständlich von diesem tobenden Nationalismus weit entfernt. Ihre heutige Politik aber, wir haben es oft im einzelnen ausgeführt und begründet, führt leider wieder nur zu ihrer eigenen Isolierung und nicht zur Sammlung der proletarischen Kräfte.

Gerade diese Kräfte, die es in der II. Internationale noch millionenweise gibt, die dort nur verführt oder nicht an die Oberfläche gelassen werden — diese Arbeitermassen zu organisieren, war die historische Aufgabe der III. Internationale, die sie — sagen wir vorsichtig: bisher — verpaßt hat. Wir müssen leider gestehen, daß wir für eine Änderung des Kurses noch nicht einmal den berühmten Silberstreifen erblicken können. Und es scheint so, wenn wir die gemeine und raffinierte Verhetzung sehen, die besonders in diesen Tagen die HUGENBERG-Presse Frankreich und den Nicht-Nationalisten gegenüber einnimmt, wenn wir die greuliche Verwüstung in den Gehirnen der Sozialdemokratie beobachten und dazu das unklare und starrsinnige Verhalten der Kommunisten, als ob der Golgathaweg der deutschen Arbeiterschaft tatsächlich gegangen werden soll und als ob MARX, BEBEL, JAURES, LENIN, LIEBKNECHT, LUXEMBURG umsonst gelebt und gekämpft haben.

Regierungsbildung in Frankreich.

k Paris, 4. Juni.

HERRIOT hat mit der Schnelligkeit, die man von ihm erwartete, sein Kabinett zustandegebracht. Am Freitag nachmittag wurden der Präsident der französischen Kammer (FERDINAND BUISSON) und der des Senats (JENNENEY) gewählt. Kurz hinterher erhielt HERRIOT den offiziellen Auftrag zur Regierungsbildung. Nachts um 2 Uhr lag seine längst vorbereitete Ministerliste fertig vor.

Ministerpräsident und Außenminister: HERRIOT (Radikalsozialist).

Innen: CHAUTEPS (Radikalsozialist),
Justiz: RENOULT (Demokratische Linke),
Finanzen: GERMAIN MARTIN (Unabhängige Linke),
Budget: PALMADE,
Krieg: PAUL-BONCOUR (Unabhängiger Sozialist),
Marine: LEYGUES (Radikale Linke),
Luft: PAINLEVE (Republikanischer Sozialist),
Nationale Erziehung (früher Unterricht): DE MONZIE,
Öffentliche Arbeiten: DALADIER,
Handel: DURAND,
Gesundheitsministerium: GODART (Demokratische Linke),
Landwirtschaft: GARDEY,
Post und Telegraphen: QUEUILLE (Radikalsozialist),
Handelsmarine: LEON MEYER,
Kolonien: SARRAUT (Demokratische Linke),
Arbeit: DALIMIER,
Pensionen: BERTHOD.

Das Kabinett umfaßt außer Parteigenossen HERRIOTS nur Männer der ihm politisch sehr nahestehenden Gruppen; sie gehören alle dem linken Flügel der bürgerlichen Parteien an, TARDIEUS Gruppe ist nicht vertreten. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das neue Kabinett seine Unterstützung erwartet, und auch erhalten wird. Es ist charakteristisch, daß die ersten Äußerungen der ausgesprochenen Rechtspresse, die bisher bekanntgeworden sind, die neuen Minister ohne Berücksichtigung ihrer Parteizugehörigkeit als Kapazitäten begrüßt, die sich bereits ihre Sporen verdient haben. Wie das geschehen ist, dafür einige Beispiele:

Der jetzige Kolonialminister ALBERT SARRAUT, der früher einmal Generalgouverneur von Indochina war und dadurch wahrscheinlich seine Eignung zum Verwalter der Kolonien bewiesen hat, hat sich die „Sporen verdient“, indem er zu einer Zeit, als auf 1000 indochinesische Dörfer 1500 Opium- und Verkaufsstellen kamen, aber nur 10 Volksschulen, das folgende Rundschreiben an die dortigen Behörden erließ:

„Gemäß den Anweisungen des Herrn Generaldirektors ... habe ich die Ehre, Sie zu bitten, die Anstrengungen meiner Abteilung zu unterstützen, neue Opium- und Alkoholverkaufsstellen einzurichten. Zu diesem Zweck erlaube ich mir, Ihnen eine Liste von Verkaufsstellen zu überreichen, die man in den genannten Dörfern, die in ihrer Mehrzahl Opium und Alkohol völlig entbehren, sehr leicht einrichten könnte.“

PAINLEVE hat sich als Kriegsminister hervorgetan. Das französische Volk hat bei seinen Wahlen den Linksparteien und der bürgerlichen Linken sein Vertrauen ausgesprochen. Die Reaktion — namentlich die in Deutschland — hat es verstanden, die Kabinettliste mit Namen der gewählten Gruppen zu besetzen und doch die Fortführung der bisherigen Politik zu sichern.

Unmittelbar begünstigt werden solche Rechtsschwenkungen in Frankreich durch die Entwicklung in Deutschland. Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Regierungskrisen auf dem Balkan.

Das neue griechische Kabinett PAPANASTASIU, durch das erst vor gut einer Woche die Regierung VENIZELOS abgelöst worden ist, ist schon wieder zurückgetreten. Man vermutet, daß VENIZELOS ihr Schwierigkeiten gemacht hat, um selber wieder ans Ruder zu kommen.

TITULESCU hat den Auftrag zur Regierungsbildung in Rumänien angenommen. Er äußerte sich über den Erfolg seiner Bemühungen sehr skeptisch, da die Liberalen jede Beteiligung an einer Konzentrationsregierung ablehnen. Die Nationalisten sind nicht abgeneigt, die Macht zu übernehmen. Wie in Deutschland wird es voraussichtlich zu einer Regierung kommen, die die Aufgabe hat, das Parlament aufzulösen.

Deutscher und polnischer Nationalismus.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat am Freitag nachmittag an den diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig, Dr. PAZZI, folgende Note gerichtet: „Durch die Entscheidung des Hohen Kommissars vom 12. Dezember 1922 und durch den diese Entscheidung bestätigenden Beschluß des Rates des Völkerbundes vom 13. März 1925 ist rechtskräftig festgestellt worden, daß Polen kein Recht hat, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion einzurichten, die sich mit der Verwaltung anderer Eisenbahnen als der auf dem Gebiet der Freien Stadt gelegenen beschäftigt. Mit der durch die vorgenannte Entscheidung getroffenen Rechtslage steht es nicht im Einklang, daß die polnische Eisenbahnverwaltung in der Eisenbahndirektion und in den Eisenbahnämtern in Danzig Verwaltungsstellen eingerichtet hat, die sich nicht nur mit der Verwaltung der auf dem Gebiete der Freien Stadt gelegenen Eisenbahnen, sondern auch mit der Verwaltung der polnisch-pommerellischen Eisenbahnen beschäftigt. Die Regierung der Freien Stadt beehrt sich daher, die polnische Regierung zu ersuchen, die Verwaltung der polnisch-pommerellischen Eisenbahnen spätestens bis zum 31. Dezember 1932 aus dem Gebiet der Freien Stadt zu entfernen.“

Abschrift dieses Schreibens hat der Hohe Kommissar des Völkerbundes erhalten.“

Daß diese Note die Antwort auf die polnische Anklage ist, wonach Danziger Paßkontrollbeamte polnische Züge auf

Danziger Gebiet ungesetzlicher Weise betreten hätten, liegt zwar auf der Hand, wird aber in der Note selber mit keinem Wort erwähnt. Statt sich mit einem solchen Vorwurf ernsthaft auseinanderzusetzen, zieht der Danziger Senat es vor, seinerseits irgend einen alten Paragraphen hervorzuholen, der es ihm ermöglicht, den Polen einen Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Und die deutsche Rechtsprose brüllt natürlich entrüstet auf, wenn polnische Blätter einen solchen Schritt als Provokation empfinden!

Wir zweifeln nicht daran, daß auch die polnische Regierung in der Lage ist, unliebsame Anklagen zu überhören und Paragraphen zu neuen Attacken auf den Gegner zu entdecken.

Das polnische Regierungsblatt „Gazeta Polska“ quittiert den deutschen Hieb bereits am Sonnabend morgen mit der Erklärung: Die Auslegung der Entschließung des Völkerbundes durch den Senat sei zum mindesten subjektiv. Im Sinne der Völkerbundsentschließung habe die polnische Regierung unverzüglich Anordnungen getroffen, um innerhalb der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig ein besonderes Organ zu schaffen, dem die Verwaltung des Eisenbahnnetzes der Freien Stadt übertragen werden würde. In den Warschauer Ministerien seien, wie das Blatt versichert, bereits die Richtlinien für die technische Durchführung dieser Völkerbundsentschließung festgelegt worden.

Finanzielle Hilfe für Oesterreich?

k Paris, 3. Juni.

Im Untersuchungsausschuß des Finanzausschusses des Völkerbundes, der in Paris die Donauforderungen von neuem aufrollt, hat die englische Regierung sich herbeierklärt, die kurzfristige Anleihe der Bank von England in einen langfristigen Staatskredit umzuwandeln, der von englischen Privatbanken unter Bürgschaft der Regierung aufgebracht werden soll. Es ist sogar möglich, daß diese Anleihe noch erweitert werden wird. Die Schweiz und Holland sind unter gewissen Bedingungen bereit, an dieser Maßnahme mitzuwirken.

Bei Prüfung der österreichischen Finanzlage durch den Finanzausschuß ist der pessimistische Eindruck, den die Erklärungen des Bundeskanzlers hervorgerufen hatten, nicht in vollem Umfang bestätigt worden. Man hofft daher, daß 150 Millionen Schilling genügen werden, den österreichischen Staat über Wasser zu halten.

Politischer Katholizismus.

Der seit zwei Jahren bestehende Streit zwischen dem Ministerpräsidenten von Malta, Lord STRICKLAND, und den katholischen Kirchenbehörden Maltas ist nunmehr am Vorabend der Neuwahlen durch eine öffentliche Abbitte des Lords STRICKLAND für seine seinerzeit bei politischen Reden vorgebrachten Beschuldigungen gegen die römisch-katholische Kirche beigelegt worden. Die Bischöfe von Malta und Gozo haben dem Herrn STRICKLAND den Hirtenbrief vom Mai 1920 zurückgezogen, in dem den Wählern befohlen worden war, unter der Strafe für Todsünde nicht für Lord STRICKLAND und seine Anhänger zu stimmen. Die Bischöfe fordern nunmehr gleichzeitig mit der Zurücknahme des Hirtenbriefes das maltaische Volk auf, nur für solche Kandidaten zu stimmen, die angemessene Versicherungen abgeben, daß sie die religiösen Interessen der Katholiken Maltas achten werden.

Die Verfügungsgewalt über Himmel und Hölle hat sich als politisch wirksamer erwiesen als die unmittelbaren Machtmittel eines vom englischen Weltreich gestützten Regierungsbeamten.

Die englische Regierung hat amtlich die französische, die italienische, die deutsche, die belgische und die japanische Regierung auf dem Weg über deren diplomatische Vertreter in London von den englisch-amerikanischen Beratungen über

eine Weltwirtschaftskonferenz unterrichtet und sie geboten. Wünsche hinsichtlich Zeit und Ort der geplanten Konferenz bei der englischen Regierung anzumelden, die die Organisation der Konferenz übernommen habe.

Stützung der Aktienkurse in den USA.

Wie das Bankhaus MORGAN mitteilt, ist für den New Yorker Aktienmarkt eine Stützungsgesellschaft mit einem Anfangskapital von 100 Millionen Dollar auf Anregung OWEN YOUNGS gebildet worden. Zum Treuhänder des Instituts ist MORGAN bestimmt worden. Sämtliche Großbanken beteiligen sich mit einem gewissen Prozentsatz an der neuen Gesellschaft. Der Verwaltungsrat setzt sich aus Vertretern dieser Banken zusammen. Die neue Stützungsgesellschaft stellt das größte Mobilisierungsunternehmen für Bankinteressen seit dem Weltkrieg dar.

Die japanischen Truppen haben zusammen mit marschurischen Regierungstruppen in der Nacht zum Freitag die rund 200 km nördlich von Charbin gelegene Stadt Hailun eingenommen. Hailun ist die Endhaltestelle der wichtigen Eisenbahnstrecke Charbin — Hailun und strategisch von großer Bedeutung. Die unter dem Oberbefehl von General MAT SCHANG TSCANG stehenden chinesischen Freischärler, die die Stadt besetzt hatten, sind in nordöstlicher Richtung geflohen.

Die chinesische Regierung gibt bekannt, daß mit der Beendigung des chinesisch-japanischen Streites in Shanghai Nanking wieder Hauptstadt der chinesischen Republik werden wird. Die Regierung werde in den nächsten Tagen die Löhne wieder nach Nanking übersiedeln.

Die Beziehungen zwischen der Kantoner und Nankinger Regierung haben sich in der letzten Zeit gebessert. Die Kantongregierung hat sich bereit erklärt, die Politik der chinesischen Regierung zu unterstützen unter der Voraussetzung, daß diese mit Japan keinerlei Vergleiche abschließt. Die Nanking-Regierung hat sich verpflichtet, Japan keinerlei Zugeständnisse zu machen.

Reparaturen können aufgebracht werden und werden aufgebracht — für die Reparatur des abgebrannten Stuttgarter Schlosses. Das Gemäuer ist angeblich großer Gefahr ausgesetzt, wenn es noch den Winter über als Ruine dasteht. Es soll also noch vor dem kommenden Winter der Wiederaufbau stattfinden.



PORGY.

Ein Neger-Roman
von du Boss Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knorr,
Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(38. Fortsetzung.)

„Gewiß, Herr!“ antwortete Bess, sich ihm zuwendend. „Drei oder vier Männer waren gerade auf der Straße, die werden es Ihnen bestätigen!“

„Ja, natürlich — noch und noch Zeugen!“ brummte der Detektiv hohnlächelnd. Und den Leichenbeschauer fragte er in sarkastischem Ton:

„Ihnen genügt wohl ein solcher Bescheid — was?“

Jetzt verlor der andere die Nerven.
„Zum Donnerwetter!“ erwiderte er ärgerlich. „Erwarten Sie vielleicht von mir, daß ich einen Krüppel für fähig halte, so einen Zwei-Zentner-Kerl umzubringen und dann ein paar hundert Meter weit fortzuschleppen?! ... Was ich nötig habe, weiß ich jetzt — soweit mich die Sache angeht, ist sie erledigt!“

Als sie an der Tür von Marias Garküche vorüberkamen, bemerkte der Detektiv etwas, was seinen Blick fesselte.

„Machen Sie, was Sie wollen!“ sagte er zu seinem verstimmt Begleiter. „Ich muß unbedingt da nochmal reinsehen. Das Weib hab' ich noch nie fassen können, obwohl sie ihre ganze Nachbarschaft gegen uns aufhetzt ... Ich traue ihr jedenfalls nicht über den Weg!“

Der Leichenbeschauer seufzte resigniert auf — dann gingen sie zurück und traten ein.

Auf dem Fußboden, gleich vorn an der Tür, stand unter einem der Tische eine große Blutlache. Maria saß auf einer Bank an dem Tisch und schwang, gerade als die beiden

Männer eintraten, ein riesiges Hackmesser, das sie auf einen Haifischrumpf niederfallen ließ, der vor ihr auf der Tischplatte lag. Eine Scheibe spaltete sich von dem Fisch ab und fiel auf einen Haufen ähnlicher Stücke herab, während ein dünner Blutstrom tropfend die Lache auf dem Fußboden vergrößerte.

Maria hob nicht einmal die Augen von ihrer Arbeit — ununterbrochen schwang sie das Hackmesser hoch und ließ es herabsausen.

Von der Straße her hörte man jetzt das Rattern des zurückkehrenden Polizeiwagens.

„Ich warte hier draußen auf Sie!“ sagte der Leichenbeschauer hastig und trat ins Freie hinaus.

Er brauchte nicht lange zu warten. Das ununterbrochene Auf und Ab des tropfenden Hackmessers wirkte zu niederschlagend und hatte den Berufseifer seines Gefährten merklich abgekühlt.

Die Glocke läutete, unter den Hufen sprangen Funken aus dem Kopfsteinpflaster auf. Der starke, aber unsichere Arm des Gesetzes war zurückgezogen worden, um anderswo lohnendere Beschäftigung zu suchen. ...

Das Geräusch des davonrollenden Wagens nahm ab und verklang dann ganz.

Einen Augenblick noch hielt die Haifischgasse den Atem an — dann öffneten sich rasch wieder Fenster und Türen, und das Leben des unvergleichlich schönen Herbsttages ging weiter. Die Krisis war überwunden — keiner war verhaftet worden.

Serena, die Arme voll Wäsche, trat in den strahlenden Morgen hinaus.

„Ist es nicht hart ein Neger zu sein?“ sang eine laute, helle Stimme — und alle lachten.

Die Straße herab rollten die Karren wie ein heranahender Güterzug — unter ihren schweren Rädern zitterten die Häuser, klirrten die Fensterscheiben.

Bess und Porgy, die gleich den anderen herausgekommen waren, setzten sich an der Mauer in den freundlichen Sonnenschein. Vom wimmelnden Leben umgeben und doch von ihm abgesondert, weil sie an sich selbst genug hatten, mischten

sie sich nicht in das Scherzen und Plaudern, das sie umtönte. Die Menschen, die von einer langen, anstrengenden Reise zurückgekehrt, genossen sie es, stillzusitzen und tief in der Sonne zu atmen. Das Kind war auf Bess' Arm eingeschlafen — ab und zu sang sie ihm mit leiser, heiserer Stimme eine Strophe vor.

Eine Gruppe von Lastträgern betrat jetzt den Hof. Ihre kräftigen, weißen Zähne blitzten in der Sonne, leicht und pantherähnlich bewegten sich ihre großen Körper zwischen den Frauen und Kindern, die sie umdrängten.

„Wo bleiben denn all die Weiber?“ rief einer laut. „Wissen sie nicht, daß heute Zahltag ist?“

Zwei Frauen, die in der Nähe von Bess und Porgy gesessen hatten, waren aufgestanden und gingen jetzt, die Arme einander um die Hüften gelegt, auf sie zu. Wenige Minuten später hatten sie sich wieder aus der Gruppe gelöst und standen mit einem der Lastträger zusammen, den sie beide mit bewundernden Blicken betrachteten.

„Wie verschieden Männer und Frauen doch sind!“ sagte Porgy nachdenklich. „Eben haben diese Weiber noch ihren Männern gehört — dann packt es sie wie ein Wirbelwind, alles ist vergessen, und nun gehören sie schon einem anderen! ...“

„Nein — das ist nicht richtig!“ erwiderte Bess. „Doch das wirst du nie verstehen! ... Die beiden Frauen haben Kinder, und nur denen gehören sie!“

Sie seufzte tief auf und setzte dann hinzu:
„Daß sie so handeln, dafür können sie nicht — sie sind eben Weiber und Nigger dazu!“

Während sie gesprochen, hatte sie auf das Kind niedergeblickt. Als sie jetzt die Augen hob und Porgy ansah, waren sie voll Tränen.

„Aber du, Bess, bist anders als sie!“

Ein banges Fragen zitterte in seiner Stimme.

„Weil Gott einen Porgy geschaffen hat!“ sagte sie. „Jede Frau muß anständig gegen dich handeln ... Doch ich will dir die Wahrheit gestehen: ohne Porgy wär' ich genau wie die andern!“

Ein Schatten streifte ihren Schoß — sie blickten zum Himmel auf.

(Fortsetzung folgt.)

„Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.“

Hk. Am Donnerstag setzte der Kommunist KASPER durch, daß ein Antrag auf sofortige Aufhebung des eben bekanntgewordenen Verbots des kommunistischen „Thüringer Volksblatts“ (Erfurt) auf die Tagesordnung des preussischen Landtags gesetzt wurde. Am Mittwoch war gemeldet worden, daß das gegen die kommunistische Rostocker „Volkswacht“ am 23. Mai vom Mecklenburg-Schwerinschen Innenminister erlassene Verbot aufgehoben worden ist, und zwar auf Veranlassung des Reichsinnenministeriums. Anlässlich dieser beiden Fälle unerhörter, selbst mit den Notverordnungsbestimmungen unvereinbarer Zeitungsverbote stellen wir im folgenden einiges Material zu dem Thema „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zusammen.

Wir gehen dabei ausführlich ein auf die Frage der

Wahrheit über Waltershausen,

die schon an sich von großem Interesse ist und jetzt, nachdem die Sensationsmache der ersten Tage vergessen ist, auf fruchtbareren Boden fällt. Und diese Frage hängt mit dem Feldzug der Erfurter Polizeibehörden — die dem preussischen Innenminister SEVERING unterstehen — gegen das „Thüringer Volksblatt“ untrennbar zusammen.

Die Not in Waltershausen.

Von den 9000 Einwohnern dieser Stadt beziehen 3500 Unterstützungen, davon 1900 Wohlfahrtsunterstützung. Rechnet man die Familienangehörigen hinzu, so kommt man zu dem Ergebnis, daß etwa 80 Prozent der Einwohner Waltershausens von Unterstützungen leben müssen, und zwar über 40 Prozent von Wohlfahrtsunterstützung.

Auch über die Höhe der Wohlfahrtsunterstützung haben wir bereits berichtet: sie betrug vor dem zehnprozentigen Abzug, der den Anlaß zu den Unruhen bot, für einen Familienvater mit acht Kindern zehn Mark in der Woche, für einen Familienvater mit sechs Kindern acht Mark in der Woche. In Waltershausen sind durchweg kinderreiche Familien.

Wie der verantwortliche deutsche Staatsmann sich die Behebung ihrer Not dachte,

das konnten diese Menschen Mitte Mai in den Zeitungen lesen: „Es gibt eine Hoffnung für alle Länder: daß die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so ungeheuer rapide Fortschritte machen wird, daß ein Warten auch nur um Wochen und Monate die Welt in eine Lage bringt, aus der dann vielleicht kein Ausweg mehr zu finden ist.“ (BRÜNING vor dem Reichstag.) Am 20. Mai fielen dann gegen die Demonstrationen auf dem Marktplatz

die Schüsse der Polizei.

Ueber das Verhalten der Polizei sagte der amtliche Bericht des Gothaer Landrats vorsichtig: „In der Bevölkerung ist weitgehend die Ansicht verbreitet, daß durch das scharfe Vorgehen der Polizei die an sich durch die vorausgegangene Aussprache erregte Volksmasse erst zu Kundgebungen und Angriffen auf diese bestimmt worden ist.“

Deutlicher sprach im Beisein des Gothaer Landrats der bürgerliche Stadtrat GÜNTHER in einer Besprechung, die am Tage nach der Schießerei stattfand: „Die gesamte Bürgerschaft steht hinter den Erwerbslosen und ist der Auffassung, daß die Vorgänge nur auf das Verhalten der Polizei zurückzuführen sind. Ich erkläre ausdrücklich: die ganze Bürgerschaft, mit Ausnahme einiger Idioten, die man schon nicht mehr Menschen nennen kann.“

Und in derselben Besprechung erklärte der zweite Beigeordnete KLEE (SPD): er nehme es auf seinen Dienst, daß es ohne Eingreifen der Polizei überhaupt nicht zu Unruhen gekommen wäre, und daß die Polizeischikerei begonnen worden sei, ohne daß die Arbeitslosen dazu Anlaß geboten hätten.

Das „amtliche Hauptorgan für die Stadt Waltershausen“, die „Waltershäuser Zeitung“, erklärt: „Die Deputation auf dem Rathause mußte mit Entsetzen zusehen, was sich unten in den Straßen abspielte. Die Polizeigewalt war nicht mehr in den Händen unseres Stadtobhauptes, sondern von der Leitung der Schutzpolizei übernommen worden.“

Ueber die Hände, in denen dann die Polizeigewalt lag, ist folgendes bekanntgeworden:

1. Der Polizeihauptmann SCHMÜCKLE aus Gotha, Mitglied der NSDAP, der eine Woche vor dem 20. Mai bereits anlässlich einer Erwerbslosendemonstration als Führer eines Polizeikommandos in Waltershausen war, erklärte damals beim Abzug: „Schade, daß wir schon wieder fort müssen, ohne unsere Arbeit geleistet zu haben.“ (Diese Äußerung hat der Beigeordnete KLEE bezeugt.)

2. Der Führer des Polizeikommandos, das am 20. Mai von Gotha nach Waltershausen beordert war, der Oberleutnant CATEL, äußerte bei der Verhandlung vor dem Gothaer Schnellgericht am 23. Mai: Er sei bereits in der Woche vorher bei den Vorgängen in Waltershausen dabei gewesen und „hätte keine Lust gehabt (!), sich nochmals solche Geschichten vormachen zu lassen.“

(Er meinte: daß Arbeiter sich mit aufgerissenem Hemd vor die Polizei hinstellten und ihr zuriefen: Schieß doch, wenn ihr wollt!)

Alle diese Tatsachen sind bezeugt durch Personen, die der Kommunistenfreundlichkeit hinreichend unverdächtig sind. Solche Zeugnisse beleuchten die Manöver eines großen Teils der bürgerlichen Presse im Reich, die sich bemüht,

der KPD die Verantwortung für die „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ in Waltershausen zuzuschreiben.

Auch die amtliche „Waltershäuser Zeitung“ wendet sich gegen derartige Nachrichten, „die von sensationslüsternen und honorarbegierigen Machern in die Welt hinausposaunt wurden und die den nur zu durchsichtigem Zweck damit erreichen wollen, irgend einer Partei die politische Provokation unterzuschreiben.“

Die Gefängnisstrafen

für die bis aufs Blut gepeinigten Verzweifelten müssen wir in einem Bericht über die „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ wenigstens erwähnen, wollen aber auf einige recht dunkle Punkte des Gerichtsverfahrens hier nicht näher eingehen.

Der Feldzug gegen das „Thüringer Volksblatt“.

Die Berichterstattung dieser KP-Zeitung, nicht nur die über Waltershausen, sticht wohlthuend ab von dem Lautsprecher der durchschnittlichen KP-Presse. Gerade die Zurückhaltung jener Berichterstattung erhöht deren Wirkung als einer Anklage gegen die Klassenherrschaft.

Das „Volksblatt“ ist mehrfach wegen seiner Berichterstattung über Waltershausen und außerdem noch einige andere Male beschlagnahmt worden in den Tagen, die dem Verbot vorausgingen. Von dreien der beschlagnahmten Nummern liegen uns Exemplare vor.

Die erste dieser Nummern ist wegen eines Berichts über Waltershausen beschlagnahmt worden. Dieser Bericht stützt sich jedoch im wesentlichen auf die von uns hier wiedergegebenen Angaben unverdächtigter Zeugen, darüber hinaus bringt er kaum etwas Neues.

Die zweite jener drei Nummern ist beschlagnahmt worden wegen der Veröffentlichung der Berichte dreier Chemie-Arbeiter über Kriegsmaterialproduktion bei „IG-Farben“ in Ludwigshafen, bei der chemischen Fabrik RASCHIG in Ludwigshafen, und bei der IG-Filiale Rheinfelden. Waren die Angaben jener Berichte unrichtig? Das „Volksblatt“ meldet nicht, daß dies von der Behörde behauptet worden sei. Dies konnte sie auch mit Grund schon deswegen nicht tun, weil sie sich zur Nachprüfung jener Angaben gar nicht die Zeit genommen hat: die Beschlagnahme erfolgte gleich nach Erscheinen der Zeitung, am Tage vor dem Datum, das die beschlagnahmte Nummer trug. „Wir versuchten“ — so schreibt das „Volksblatt“ — „von der Vertretung des Polizeipräsidenten die Gründe der Beschlagnahme zu erfahren. Wir wurden gar nicht erst vorgelassen.“

Die dritte Nummer ist beschlagnahmt worden wegen des Abdrucks des Aufrufs zur Antifaschistischen Aktion, den das Zentralkomitee der KPD unmittelbar nach der Landtagsschlagerei am 25. Mai erlassen hat, und der in allen kommunistischen Zeitungen abgedruckt worden ist, ohne daß eine deswegen verboten oder beschlagnahmt worden wäre.

Die Rechtsfrage

solcher Unterdrückungspraxis ist eindeutig festgelegt durch folgende Sätze aus den Richtlinien, die der Reichsinnenminister am 21. April dieses Jahres für die Handhabung der Presse-Notverordnung erlassen hat:

„Besonders darf die sehr dehnbare Vorschrift des § 2, Abs. 2, Ziffer 2 der Verordnung vom 10. August 1931 (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) nicht dazu verwendet werden, die freie Meinungsäußerung und eine selbst scharfe Kritik der Presse zu unterbinden, solange Meinungsäußerung und Kritik sich in den Grenzen der Sachlichkeit halten und nicht darauf abzielen, den Meinungsstreit mit unläutereren Mitteln zu führen.“

Internationale Klassensolidarität.

Heraus mit Mooney und Billings!

Einen würdigen Verlauf nahm die Protestkundgebung für die beiden unschuldig eingekerkerten amerikanischen Genossen MOONEY und BILLINGS am Freitag Abend in den überfüllten Prachtsälen am Märchenbrunnen in Berlin-Friedrichshain, zu der die „Internationale Hilfsvereinigung“ aufgerufen hatte. Es sprachen JACOB SCHLÖR (Präsidium der Internationalen Hilfsvereinigung), RUDOLF ROCKER (Anarchistische Vereinigung), die Genossinnen FRANKENTHAL (SAP) und HODANN (ISK), ERNST TOLLER und ERICH MÜHSAM. Eine ganze Rednergalerie — und doch wurde man nicht müde, hier zuzuhören. Vorbildlich für ähnliche Kundgebungen konnte es sein, daß die Redner sich untereinander verständigt hatten und jeder die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf ein anderes Teilgebiet im Rahmen der Kundgebung lenkte.

Opfer der Klassenjustiz.

Das Justizverbrechen an den beiden revolutionären Arbeitern MOONEY und BILLINGS, die bereits über 15 Jahre unschuldig im Gefängnis sitzen, ist ein Parallellfall zu dem Justizverbrechen an SACCO und VANZETTI.

Wenn der Profit in Gefahr ist, dann heiligt der Zweck jedes Mittel und so konstruierte man einen „Fall“, um sich dieser beiden revolutionären Arbeiter, die mit ihrem zunehmenden Einfluß auf die Arbeiterschaft eine Gefahr für die herrschende Klasse zu werden drohten, auf möglichst „ehrenvolle“ Weise zu entledigen. Beweismaterial in ungeheurer Umfange liegt vor in dem Fall MOONEY und BILLINGS; aber nicht gegen diese beiden Arbeiter, sondern gegen die herrschende Klasse (Vergl. die Broschüre: „Fünfzehn Jahre unschuldig im Zuchthaus“, Preis: 10 Pf.).

Kein Einzelfall — die Mitschuldigen „Arbeiterführer“.

Ob SACCO und VANZETTI, ob MOONEY und BILLINGS oder ob die acht Negerjungen von Scottsboro, der Hintergrund all dieser Justizverbrechen malt sich in dem Ausspruch eines amerikanischen Staatsanwalts:

Der Richter: „Ob jene Männer mit dem Bombenwurf etwas zu tun haben oder nicht. Eine Lehre steht hier vor Gericht, die Lehre vom Aufstand gegen die Regierungsgewalt.“

Der Staatsanwalt: „Selbst wenn ich wüßte, daß jeder einzige Zeuge, der gegen MOONEY aussagte, einen Meineid geleistet hat, würde ich keinen Finger rühren, um ein Wiedernahmeverfahren für ihn herbeizuführen. Wenn man täte, was getan werden mußte, dann hätte man die ganze schmutzige, niedrige Gesellschaft genommen und ohne weitere Zeremonien aufgehängt.“

So schmachvoll kann die herrschende Klasse in Amerika revolutionäre Arbeiter behandeln, nicht zuletzt auch, weil es eben keine sozialistische Massenorganisation gibt, die hier die Verteidigung all der unschuldigen Genossen übernehmen könnte! Die Führer der American Federation of Labour (der größten amerikanischen Arbeiterorganisation) arbeiten meist in engster Verbundenheit mit den amerikanischen Kapitalisten. Ihr Prinzip ist Kompromißpolitik mit dem Unternehmertum, wobei allerdings der Arbeiter versuchen soll, so viel als mög-

Auch in Versammlungen darf nicht ausgesprochen werden, was ist. Darüber wird uns geschrieben:

E. H. Erfurt, 28. Mai.

Die KPD veranstaltete hier heute Abend drei öffentliche Versammlungen zu dem Thema: Rote Einheitsfront gegen HITLER-Faschismus. Alle drei Versammlungen wurden von der Polizei aufgelöst, kurz nachdem der Redner zu sprechen begonnen hatte.

Zwei Versammlungen konnte ich besuchen. In der ersten sprach RAU (preussischer Landtagsabgeordneter). Als er sagte, daß das „System“ als Antwort auf die Forderungen der Erwerbslosen nur die blauen Bohnen und den Gummiknüppel der Polizei zu bieten habe, verwartete der anwesende Polizeihauptmann den Redner. RAU antwortete: „Können wir die Vorgänge in Waltershausen und vielen Orten im Reich anders bezeichnen?“ Darauf löste der Polizeihauptmann die Versammlung auf. Die anwesenden Arbeiter äußerten deutlich ihre Empörung der Polizei gegenüber.

Mit vielen von ihnen ging ich zum nächstgelegenen Versammlungslokal. Als wir hineinkamen, hörten wir den Redner, Landtagsabgeordneten KASPER, etwa folgende Worte sagen: „Wir gehen faschistischen Zuständen entgegen und sind von einer Generalsdiktatur unter dem Vorsitz des Feldmarschalls HINDENBURG nicht mehr weit entfernt.“ Das war alles, was ich in dieser Versammlung von der Rede hörte; denn nach diesen Worten wurde auch sie unter lautem Protest der Arbeiter aufgelöst. Die Arbeiter verließen nur nach scharfem Vorgehen der Polizei den Saal, beim Hinausgehen die „Internationale“ singend.

Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Polizei angewiesen war, die Versammlungen möglichst schnell zum Scheitern zu bringen.

Ueber die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung,

darüber, wor sie eigentlich gefährdet, und ob diese „Ordnung“, von der die berichteten Tatsachen ein Teil sind, nicht durch Einrichtung einer besseren „gefährdet“ worden sollte, darüber sprechen diese Tatsachen Bände. NELSON hat sich zur Frage dieser Gefährdung einmal geäußert, indem er die Wirkungen schilderte, die eine vollständige Schließung sämtlicher heutigen Schulen haben würde:

„Die Menschen würden sich bewahren, was sie als unverbundene Kinder mitbringen: Glauben an die Wahrheit, Selbstvertrauen und Rechtsgefühl, wie diese, sich äußern in Mut und Beharrlichkeit beim Vertreten der eigenen Überzeugung. Sie würden unbeirrt Lüge, Lüge, Diebstahl, Diebstahl und Mord, Mord nennen, eine Ungezogenheit, die den unabwendbaren Zusammenbruch unserer kunstvoll aufrechterhaltenen Gesellschaftsordnung zur Folge hätte.“

lich mit seiner Ware Arbeitskraft zu wuchern. Vom Recht der Arbeiter, vom Klassenkampf kennen diese Arbeiterführer nichts.

Ja mehr, die Furcht dieser Arbeiterführer, ein MOONEY oder BILLINGS könne ihnen eines Tages den Wind aus den Segeln nehmen, läßt sie für die Freilassung MOONEY's und BILLINGS' „auf's Wort“ plädieren. Nach dieser oft bei politischen Gefangenen in Amerika angewandten Methode erfolgt Freilassung gegen die Verpflichtung, einen durch die Polizei zugewiesenen Aufenthaltsort und Arbeitsplatz zu beziehen und nie wieder etwas zu tun, wodurch man mit den amerikanischen Gesetzen in Konflikt kommen könnte. Was sind das für „Arbeiterführer“, die sozialistischen Kämpfern von Schlage eines MOONEY und BILLINGS ernst vorschlagen, politisch Selbstmord zu begehen!

„Zivilisation“!

TOLLER berichtet über einen Besuch bei MOONEY im Gefängnis von St. Quentin 1931: Dieses Zuchthaus liegt in einer der schönsten Landschaften der Welt, an der goldenen Platte. Aber auf dem Zuchthaus von St. Quentin wächst kein einziger Baum. 2000 Menschen faßt das Gefängnis, 4500 sind zur Zeit darin untergebracht. Vor den Zellen keine Türen, nur Gitterstäbe. Man denke, Tag und Nacht starron gegen diese Gitterstäbe, jahrelang, Tag und Nacht im Lichtkegel des elektrischen Lichts in einer Zelle, in der gerade zwei Fritschen übereinander Platz haben.

Trotz alledem — nicht verzweifeln!

Wenn wir uns heute gegen das Justizverbrechen an MOONEY und BILLINGS wenden, dann muß diese Kundgebung verstanden werden als der Anfang einer Kampfansage des internationalen Proletariats gegen die international verbündete Klasse der Unterdrücker, eine Kampfansage, die Taten auslösen soll.

MOONEY und BILLINGS, in 15jähriger Kerkerhaft unserer gemeinsamen Sache treu geblieben, haben uns damit ein Beispiel gegeben, wie das Proletariat zu kämpfen hat.

Die Dinge stehen schlimm. Das zeigt nicht nur der Fall MOONEY und BILLINGS. Der Faschismus ist auf dem Wege, ganz Europa zu erobern. Wenn die Arbeiter doch endlich befreiten wollten, es gibt keine nationale Befreiung des Proletariats, etwas anderes ist nötig, als den Nationalisten ihre nationalen Reden nachzusprechen, Taten, Verabredungen, in welcher Weise wir einig sein wollen! —

Möge diese Protestkundgebung für MOONEY und BILLINGS allen Genossen als Mahnung im Gedächtnis bleiben, nicht zu erlahmen in den Bemühungen um die überparteiliche Einheitsfront des Proletariats. Sicher ist von dieser Kundgebung zu den Taten und Verabredungen noch ein beschwerlicher Weg. Um so mehr Grund, von allen Seiten die Bausteine zusammenzutragen. Dazu konnte diese Kundgebung ermutigen. Einer der Redner hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er sagte: „Was wir brauchen, ist Kühnheit, Kühnheit und noch einmal Kühnheit!“

Parteilpolitische Neutralität bei den Arbeiter-Esperantisten.

M. H. In der Arbeiter-Esperanto-Bewegung, deren wichtigste, über die ganze Welt ausgebreitete Organisation SAT (Sennacioa Asocio Tutmonda) ist, sind die parteipolitischen Streitigkeiten, insbesondere zwischen KP und SP, nicht ausgeblieben. In Deutschland gibt es heute bereits an vielen Orten getrennte, kommunistische und sozialdemokratische, Esperanto-Gruppen. Um so erfreulicher ist es, daß der Vorsitzende des SAT, LANTI, der auch die Esperanto-Zeitschrift „Sennaciulo“ herausgibt, ganz auf dem Boden der parteipolitischen Neutralität in SAT steht. In einem Offenen Brief „An viele SAT-Mitglieder“ nimmt er Stellung gegen die kommunistischen Versuche, SAT auf ein bestimmtes politisches Programm festzulegen, wodurch die KP sich einen besseren Boden für ihre Vorherrschaft sichern will. Die KP will zunächst, daß SAT alle Mitglieder verpflichtet, den Marxismus anzuerkennen, als „die richtige Grundlage, auf die die feste Einheit der proletarischen Esperantisten gegründet werden kann“. Dazu sagt LANTI sehr richtig:

„Liebe Genossen, seht Euch doch nur mit offenen Augen um. Seht Ihr nicht, daß die Marxisten am schärfsten unter sich streiten? KAUTSKY, HILFERDING, BLUM, VANDERVELDE, BAUER, DAN, ABRAMOWITSCH und andere Menschewiken schwören nur auf das „Kapital“ von MARX. Trotzdem behaupten die Führer der dritten Internationale sehr kräftig, nur die Bolschewisten legten den Marxismus richtig aus... Aber noch bedeutungsvoller ist: Bei den Mitgliedern der Komintern selbst herrscht keine Einmütigkeit über die Lehre. TROZKY schreibt ja Tausende von Seiten, um zu beweisen, daß STALIN die „MARX-LENINSCHEN“ Lehren falsch auffaßt und verpfuscht anwendet. Und STALIN vertreibt seinen Gegner aus Rußland und nennt ihn „Konterrevolutionär“. Diese ins Auge springenden Tatsachen beweisen klipp und klar, daß die offizielle Anerkennung des Marxismus von seiten des SAT nicht die notwendigen Vorbedingungen für die Einheit unserer Bewegung schaffen würden...“ Es gibt dafür „keine brauchbarere Grundlage als die, die unser Statut bietet: kein gesellschaftspolitisch-offizielles Programm anzunehmen und jeder Richtung zu erlauben, ihren eignen Standpunkt in geiziger, nicht beleidigender Form darzustellen.“

Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, daß innerhalb einer Organisation von den Mitgliedern nur das Ziel erstrebt wird, das sich eben diese Organisation gesetzt hat. Leider wird, wie wir wissen, diese Selbstverständlichkeit in den überparteilichen Organisationen der Arbeiterbewegung heute nicht

oft beachtet, und so muß auch LANTI sie den Kommunisten ausdrücklich vorhalten:

„Unser Ziel ist nur, zu erreichen, daß alle Arbeiterorganisationen Esperanto ebenso wie die SAT-Genossen annehmen und gebrauchen. Wir leisten Pionierarbeit und geben ein Beispiel. Dazu ist die Zusammenarbeit aller Richtungen nützlich, und nur der im Statut festgelegte Standpunkt ermöglicht die Zusammenarbeit.“

Da die Kommunisten heute keine Organisation von ihrer Partei unterscheiden können, sondern überall versuchen, die gleichen Parteiparolen durchzusetzen ohne Rücksicht auf den Zweck der anderen Organisation, sagt LANTI ihnen, was sie eigentlich selber wissen müßten, daß SAT keine politische Partei ist, und z. B. „keine Streiks organisieren und führen“ soll. Darum braucht SAT kein so festes Programm wie eine Partei, keine Entscheidungen über tagesspolitische Fragen, keine geschlossene Disziplin für politische Aktionen.

Sehr mit Recht weist LANTI ferner die Meinung zurück, als ob nicht-marxistische Ansichten, wie die NELSONS, KRAPOTKINS oder GESELLS, in der Esperanto-Zeitschrift deswegen unerörtert bleiben müßten, weil „die große Mehrzahl der organisierten Arbeiter den Marxismus als theoretische Grundlage für seinen Klassenkampf anerkennt“. Das ist übrigens noch nicht einmal richtig — denken wir an England, an Spanien oder an Indien! LANTI sagt:

„Habt ihr vergessen, daß bei theoretischen Fragen die Meinung der Mehrheit keine Rolle spielt? ... Ein einziger Mensch kann gegen alle anderen Recht haben. Dafür liefert die Geschichte genügend Beispiele.“

Dies gilt nun allerdings nicht nur für theoretische, sondern auch für praktische Fragen. LENIN hat zum Beispiel bei der Beurteilung der politischen Situation, etwa beim Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk, gegen die meisten seiner Parteifreunde Recht gehabt. Darum ist das, was LANTI für SAT fordert, nämlich die Methode „durch Schlußfolgerungen zu überzeugen, durch Erklärung der Tatsachen und Vergleichen der Behauptungen“ wichtig für jede Organisation, die nicht in Parteidogmen erstarrt will.

Es ist zu wünschen, daß LANTIS Ansicht weiter für SAT und seine Zeitschrift maßgebend bleiben, damit die sehr wünschenswerte Propaganda für Esperanto als eines internationalen Verständigungsmittels gerade der kämpfenden Arbeiterschaft nicht durch einen dogmatisch und parteipolitisch verengten Rahmen gehindert wird.

dert, die Bauschlossler bei der Verhinderung von Streikarbeit zu unterstützen, da ja nur ein Drittel der Betriebe bestreikt wird. Es wird dringend gebeten, bei Vergebung von Bauschlossler-Arbeiter darauf zu achten, daß die Bauschlossler im Besitz einer Berechtigungskarte sind. Alle Arbeiter der Bauschlosslereien, die nicht im Besitz der roten Berechtigungskarte sind, sind der Zentral-Streikleitung zu melden. Das Streiklokale der Zentral-Streikleitung befindet sich im Verbandshaus der Metallarbeiter, Eingang Elsässer Str. 86/88, Parterreaal. Telefon B 2 5658. Die Auszahlung der Streikunterstützung erfolgt am Donnerstag, den 9. Juni, in der Zeit von 10-12 Uhr.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Montag, den 6. Juni.

Hamburg: 17.30 Dr. K. SCHROEDER: Im Spiegel der Weltwirtschaft. Königswusterhausen: 19.20 Dir. HILL: Das Reichsmilchgesetz und seine Auswirkung auf den Absatz deutscher Milch und Milch-erzeugnisse. Langenberg: 21.00 Sinfonie-Konzert. München: 18.25 Dr. V. MUTHESIUS: Krisenbild der Industrie. Mühlacker: 18.25 Prof. W. BEHRMANN: Kolonien als wirtschaftliche Ergänzungsräume (vergl. dazu: „Was geht uns Afrika an?“ im „Funken“, Nr. 128, vom 3. Juni). 20.30 Hörspiel: „Goldrausch über Alaska.“ Wien: 19.35 Konzert. Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m): 20.00 Ein Abend des Sowjet-Films.

Dienstag, den 7. Juni.

Hamburg: 18.30 H. HEINEKEN: Wirtschaftliches und Politisches aus Britisch-Malaya. Langenberg: 18.15 ELISAB. LENNARTZ: Aus Briefen VINCENT VAN GOGHS. 19.25 P. BOROWSKI: Memel, Litauen und die europäische Politik.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name	Ort
Straße und Hausnummer	
Bitte angefüllt Ihrem Briefkasten an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.	

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Streik der Steinsetzer und Steinarbeiter durch Verbindlichkeitserklärung abgewürgt.

Der Streik der Steinsetzer und Steinarbeiter, der seit etwa 18 Tagen gegen den ungeheuren Lohnabbau-Schiedspruch im Gange ist, ist infolge Verbindlichkeitserklärung am Freitag abgewürgt worden. Der Lohn eines Steinsetzers wird danach von 1,49 M auf 1,16 M und der Lohn eines Rammers von 0,84 M auf 0,60 M herabgesetzt.

Auch für die Berliner Grabmal- und Steinmetz-Industrie ist ein Lohnabbau-Schiedspruch für verbindlich erklärt worden, der die Löhne um 0,32 M und 0,25 M senkt. Die Steinmetze hatten zwar einen Streikbeschluß gefaßt, waren aber noch nicht in den Streik getreten.

Diese Verbindlichkeitserklärungen sind ungeheuerlich! Es wird höchste Zeit, daß die Gewerkschaften wenigstens

unter der Regierung PAPAN die Tolerierung der Lohnpolitik dieser Regierung durch weitere grundsätzliche Anerkennung der Verbindlichkeitserklärungen endlich aufgeben.

Verschärfung des Streiks der Bau- und Geldschrankschlossler.

Von den bestreikten Betrieben der Bau- und Geldschrankschlossler hatten zwei Drittel bereits die Forderung der Verlängerung des bestehenden Tarifvertrages bewilligt. Die Verhandlungen vor dem Schlichter WISSEL sind gescheitert. Die Unternehmer forderten, den Lohn auf die Sätze des Schiedspruches zu senken.

Die Streikvorsammlung der Bau- und Geldschrankschlossler am 2. Juni ermächtigte die Streikleitung, die Streikfront zu erweitern. Die Arbeiter Berlins werden aufgefor-

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 6. HEFT JUNI 1932

INHALT:

WILLI EICHLER:

Das Ende der Demokratie.

LEONARD NELSON:

Massenverachtung und Achtung der Masse.

FRITZ GROB:

Die Entscheidungsstunde der Gewerkschaften.

Zum Nachdenken:

Um ein paar Backpfeifen. Glänzende Pressearbeit der englischen katholischen Glaubensgesellschaft. Neue Anreize zum Tiermord. Die Angleichung der Löhne.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe. Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Butter
Käse, Eier
Landbrot

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinlebkendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel.
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen.
A. H. Timmermann.
Hamburg / Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42.

Erstklassige
Maßarbeit

Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Kostüme
Tadellos Sitz

Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr.
104, H.r. I.
Stollmuster
vorrätig.

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen

Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelr. P 1 Moritzplatz 5471

MAGDEBURG

Zum frischen Obst

schmecken **rohe Gebirgs-Haferflocken** vorzüglich.
1 Post-Paket (9 Pfund)
nur 3,60 RM ab hier.
Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 179 24 erbeten.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

BERLIN

KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.
Festspiele des Films:
Juni **Das Cabinet des Dr. Caligari.**
2.-4. mit Werner Krauss, Conrad Veidt, Lil Dagover.
Hemunkulus.
5. **Wilh. Thiele: Liebeswalzer**
mit L. Harvey, W. Fritsch, Mar. Winkelstern.
6.-7. **NJU** mit E. Bergner, Jahnings, Veidt, Bard.

Das Fiasko der Demokratie und in dessen Gefolge die drohende Gefahr der kalten Faschisierung mahnen jeden Sozialisten, den Aberglauben an die Macht der Mehrheit zu brechen.
Diesem Gebot der Stunde nachzukommen, brachten wir soeben in dritter, unveränderter Auflage heraus:

Demokratie und Führerschaft.

VON LEONARD NELSON.
Dritte Auflage. 176 Seiten.
Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.
„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto: Berlin 818 48.

Provokationen der Papen-Regierung.

Berlin, 4. Juni.

Die in der heutigen Vormittagssitzung des Kabinetts beschlossene Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.

Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatsertreuenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. BRÜNING hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailler Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen:

... Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens

kann nicht auf dem Weg der Kompromisse um der Parität willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt

sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Geschichte des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, unverzüglich aufzunehmen. . . .

Auf außenpolitischem Gebiete ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den in Gang befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterlande völlige Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleich-

berechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen aus den Gebieten des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenaustausches, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen. Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesen Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben und den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland, führen.“

Diese Erklärung ist eine brutale Kampfansage — auch an die Verfassung. Gegen diese Erklärung gibt es keine Gründe, ihre Urheber müssen gestürzt werden.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, den 7. Juni, 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Das Ende der Demokratie — was sollen wir tun?

Bezirk Wedding, Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, Lokal Domke, Hochstädter Str. 23. Thema: Das Ende der Demokratie — was sollen wir tun?

Dortmund-Hörde: Dienstag, den 7. Juni 1932, abends 8 Uhr, im Arbeitersamariter-Heim, Bollwerkstr. 40. Thema: Gibt es noch einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise? Freie Aussprache! Eintritt frei!

Hannover: Mittwoch, den 8. Juni, 20.15 Uhr, in der städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Hitler marschiert! Was ist zu tun? Freie Aussprache! Eintritt frei!

Die Mörder wittern Morgenluft.

Pogromdämmerung in Breslau.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über nationalsozialistische Ausschreitungen in Breslau, die — dem Charakter dieser Bewegung entsprechend — ein völlig anderes Gesicht haben als die Erwerbslosenunruhen dieser Tage. Während diese durch das Stichwort „Verzweiflung“ gekennzeichnet werden können, wird das, was aus Breslau berichtet wird, am besten durch das Stichwort „Niedertracht“ wiedergegeben.

Seit Tagen werden Straßenpassanten von NS-Trupps, zum Teil uniformierten, angepöbelt. Ein zwanzigjähriges jüdisches Mädchen wurde durch Schläge an den Kopf und Tritte gegen den Leib mißhandelt.

Am Donnerstag abend wurde das „Reichsbanner“-Büro lange Zeit belagert. Die Polizei, die, als sie die Ansammlung zerstreuen wollte, mit Steinen bombardiert wurde, reagierte jedoch anders als das von einem NS geführte Gothaer Polizeikommando in Waltershausen gegen Arbeitslose: in Breslau gab einer der Beamten mehrere Schreckschüsse ab.

Es ist in Deutschland so weit gekommen, daß wir jeden Bericht über Vorgänge des öffentlichen Lebens dieses Landes schließen müssen mit dem Mahnruf:

Wo bleibt die Einheitsfront der Arbeiter?

Daraus erhellt, daß jedes dieser Geschehen im Zeichen des Kampfes von Klassen ist.

Der Adel erobert „Positionen“.

P Berlin, 3. Juni.

An Stelle des simplen Dr. ZECHLIN (eines gewiß sanften Sozialdemokraten und Hindenburgverehrsers) ist zum Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt worden: Ritter von KAUFMANN-ASSER.

Der in den einseitigen Ruhestand versetzte Dr. ZECHLIN soll für einen Auslandsposten ausersehen sein.

Hörsing verläßt den Vorstand des „Reichsbanners“.

e Berlin, 3. Juni.

Wie von der Pressestelle des „Reichsbanners“ mitgeteilt wird, ist OTTO HÖRSING nun auch formell aus der Leitung und dem Vorstand des „Reichsbanners“ ausgetreten, das nun KARL HÖLTERMANN leitet.

Der „Vorwärts“ teilt mit, daß OTTO HÖRSING beabsichtigt, eine neue Partei zu gründen, daß „der mehrmonatige Aufenthalt im Sanatorium . . . offenbar keine nachhaltige Wirkung gehabt hat“.

Wie immer also: Wer die Politik der SP nicht versteht, wird gleich als Idiot bezeichnet oder als Gesinnungslos. Daß diese Eigenschaften vielleicht für die Chefredakteure des „Vorwärts“ selber zutreffen könnten, geht diesen Herren selbstverständlich niemals auf.

HÖRSINGS Plan halten wir im übrigen auch für falsch.

Hausuchungen bei kommunistischen Funktionären fanden in Bremen statt. Diese Genossen sollen hochverräterische Literatur verbreitet und sich in dem verbotenen Rotfrontkämpferbund betätigt haben.

Ein schwerer Hagelschlag traf den Südhang des Solling (Umgebung von Uslar). Vernichtung der Obsternte, von Fensterscheiben und Telegraphenleitungen.

KASSEL

Kampfausschuß gegen Zwangsarbeit und Krieg

(Proletarische Jugendgruppen)

Jugendversammlung, am Dienstag, dem 7. Juni, 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Thema: Jugend, wehre dich gegen Zwangsarbeit und Krieg. Redner: Albert Brand, Willi Fuhrmann, K. Wack. Eintritt: 20 Pf. Erwerbslose und Jugendliche: 10 Pf.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds:

E. B. in H. 13,— M.; A. B. in H. 6,— M.; Uberschuß von Fahrt H. 3,50 M.; P. G. in H. 1,— M.; P. L. in H. 1,— M.; E. G. in H. 9,— M.; K. M. in H. 5,— M.; H. B. in H. 5,— M.; H. W. in H. 3,— M.; E. H. in H. 10,— M.; B. R. in F. 60,— M.; K. K. in C. 12,80 M.; O. W. in G. 10,— M.; E. F. in F. 25,— M.; A. B. in B. 100,— M.; E. B. in J. 100,— M.; H. F. in B. 30,— M.; R. L. in B. 45,75 M.; M. H. in B. 40,— M.; J. P. in B. 80,— M.

Wir danken allen Spendern herzlich und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds weiter fortzusetzen. Werbemarken (Briefverschlusmarken) zu 10, 20 und 50 Pf. können von uns abgefordert werden. (Postcheckkonto: Berlin 804 60; Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

Schluß der Landtagsdebatte.

Die Nazis weichen aus.

Koenen (KPD.) über Papens außenpolitische Pläne:

Herr VON PAPEN ist aufs engste mit den französischen Kapitalisten verbrüdet. Die Nazis haben kein Wort gegen ihn gesagt. Am 27. Februar 1931 war PAPAN mit der deutschen katholischen Delegation in einem Klub, in dem er einen

Bericht über seine Reise nach Frankreich

erstattete. In dem Ausspracheabend des deutschen Herrenklubs teilte er mit, daß die Stresemannsche Politik im Ziele zwar richtig sei, daß sie aber mit anderen Mitteln und mit anderem Tempo verwirklicht werden müsse. Er sprach genau wie HITLER, daß das Ziel einer Verständigung auf Grund neuer Verträge nicht überstürzt werden könne. Herr VON PAPAN sagte am Schluß seines Berichts:

„Von politischer Seite werden langfristige Kredite in Frankreich von einer endgültigen Vereinigung aller Fragen zwischen den beiden Ländern abhängig gemacht. Bemängelt wird in Frankreich dabei die rußlandfreundliche deutsche Politik: unter „endgültige“ Vereinigung versteht man ein deutsch-französisch-polnisches Bündnis.“

Deutschland hätte dabei seine an sich als berechtigt anerkannten Wünsche bezüglich seiner Ostgrenze zurückzustellen, da eine friedliche Lösung dieser Frage angesichts der polnischen Sinnesart für unmöglich erachtet wird. Die PAPAN-Regierung will also von dem von den Nazis verlangten Raum im Osten, in Polen, nichts wissen. Dieses Bündnis accord de trois (zu dritt) soll den Zweck eines Wirtschaftsbündnisses gegen den russischen Fünfjahrplan haben, der für gefährlich genug erachtet wird, die europäische Wirtschaft zu zerstören.

Im Rahmen dieses accords würden die Franzosen auch für eine Aufrüstung Deutschlands zu haben sein.

Denn man hat Verständnis dafür, daß unsere jetzige Deklassierung unerträglich ist. Falsch wird es dagegen sein, wenn Deutschland auf der Abrüstungskonferenz mit seiner bekannten These: „Wir haben abgerüstet, also tut ihr es auch“, erscheinen wird.

Am Schluß seines Berichts erklärte dieser Herr v. PAPAN:

„Die drängenden europäischen Probleme müssen von Deutschland und Frankreich gelöst werden, wobei das letztere auf eine Einbeziehung des befreundeten Polens bestehen wird. Die Frage der Ostgrenze muß einer späteren Zeit vorbehalten werden. Der accord de trois muß zustandekommen im Hinblick auf den Kampf gegen den Bolschewismus.“

Aus Papens amerikanischer Vergangenheit:

Die Quittungen über verdächtige Aufträge, die er drüben ausführen ließ, sind bekanntlich in seiner Aktentasche gefunden worden. Sie sind Gegenstand ganz besonderer Aktionen und Klagen vor Gericht in Amerika geworden. In einer der letzten Klagen: auf Grund dieser Handlungsweise PAPENS handelt es sich um nicht weniger als 40 Millionen Dollar Schadenersatz für Schäden, die durch die Politik des Herrn PAPAN in Amerika in der Kriegszeit angerichtet wurden.

Für PAPANs Politik sitzt in Amerika heute noch ein Arbeiterführer unschuldig im Zuchthaus. Der Arbeiterführer RUDY wurde eingesteckt, weil er angeblich im Auftrage deutscher Agenten Sprengungen verübt haben soll. Sprengungen sind verübt worden, aber der Arbeiterführer RUDY ist nachweislich an solchen Attentaten völlig unbeteiligt.

Für die Sozialdemokratische Deutsche Vaterlandspartei sprach Drügemüller:

Herr FREISLER hat angekündigt, sie würden auch das als politische Verbrechen bestrafen, was nach geltendem Recht noch unter keine Strafbestimmung fällt. Dieser Grundsatz ist weder neu noch deutsch; er stammt von der Entente und ihrer Forderung der Auslieferung des ehemaligen Kaisers und der anderen sogenannten Kriegsverbrecher. Im wohlverstandenen nationalen Gefühl und wohlverstandener nationaler Betätigung hat sich die Sozialdemokratie noch niemals übertreffen lassen. Die Herren, die noch kurze Hosen trugen, als wir das Vaterland verteidigten, können uns Sozialdemokraten national nicht beleidigen.

Brauns Antwort an den Landtag.

Nach der Debatte verlas Präsident KERRL das Antwortschreiben des Ministerpräsidenten BRAUN auf den Antrag, die Regierung solle vor dem Landtag erscheinen. BRAUN läßt die Rechtsfrage dahingestellt, ob auf ein zurückgetretenes Ministerium der erste Satz des Artikels 24 der preußischen Verfassung zutrifft: „Der Landtag und jeder seiner Ausschüsse können die Anwesenheit jedes Ministers verlangen.“ BRAUN beruft sich auf die vom Landtagspräsidenten nicht gerügte Form, in der am Donnerstag die Regierung herbeizitiert wurde („wegen ihrer verbrecherischen Politik“, „zur letzten Musterrang anreten“); diese Form zeige, daß es den Antragstellern „nur um eine Verunglimpfung der Staatsregierung und einzelner Minister zu tun war“. Das Schreiben schließt:

„Im übrigen ist das Staatsministerium der Ansicht, daß es gegen jeden parlamentarischen Brauch und gegen den Geist der Verfassung verstößt, Mißtrauensanträge gegen eine zurückgetretene Regierung zu stellen und sie im Parlament zu erörtern. Das Staatsministerium . . . würde es begrüßen, wenn der Landtag recht bald seine verfassungsmäßige Aufgabe erfüllen und einen neuen Ministerpräsidenten wählen würde.“

Die Abstimmungen.

Der deutschnationale Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnungsbestimmung über die Wahl des Ministerpräsidenten wurde mit 212 Stimmen (bisherige Regierungsparteien und Kommunisten) gegen 202 Stimmen (NS, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei) abgelehnt.

Ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Regierung BRAUN-SEVERING wurde mit 253 Stimmen (Kommunisten, NS, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei) bei Stimmenthaltung der übrigen Parteien angenommen. Das Zentrum hatte die Stimmenthaltung damit begründet, daß ein Mißtrauensantrag gegen eine zurückgetretene Regierung verfassungsmäßig nicht zulässig sei.

Ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes wurde gegen die Kommunisten mit den Stimmen aller übrigen Parteien abgelehnt — eine Abstimmung, die der „Vorwärts“ in seiner Berichterstattung übergeht.

Dann sollte die Reihe der für die NS peinlichen Abstimmungen eröffnet werden mit der über den kommunistischen Antrag auf Einstellung aller YOUNG-Zahlungen. NS und Deutschnationale verließen jedoch den Sitzungssaal und führten so die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbei.

Der Präsident berief die nächste Sitzung für den 22. Juni ein.

So kamen die NS auch um andere für sie peinliche Abstimmungen herum, z. B. um die über den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Zahlungen an die ehemaligen Führer.

Latifundien in Argentinien.

B. D. Buenos Aires, Mai 1932.

Argentinien ist rund sechs mal so groß wie Deutschland, während seine Bevölkerung nur etwas mehr als den sechsten Teil derjenigen des Deutschen Reiches ausmacht.

Theoretisch dürfte also in diesem Lande, wo auf jeden Einwohner sechsunddreißig mal so viel Bodenfläche entfällt wie in Deutschland, eine Bodenfrage überhaupt nicht bestehen.

Eine solche Annahme würde indes reine Theorie sein. In Wirklichkeit trifft das Gegenteil zu.

Genaue amtliche Statistiken über die Verteilung des argentinischen Bodens und die Eigentumsverhältnisse gibt es leider nicht. Um uns einen Ueberblick über die Lage zu verschaffen, müssen wir uns an das im Jahre 1930 erschienene Buch von JACINTO ODDONE „La Burguesia terrateniente argentina“ halten, dem auch die folgenden Zahlenangaben entnommen sind.

Bei einer solchen Betrachtung der heutigen Grundbesitzverhältnisse in Argentinien darf man nicht vergessen, daß dieses Land erst seit etwas mehr als hundert Jahren ein selbständiger Staat ist. Bis dahin war es eine spanische Kolonie, in der fast die Gesamtheit des Bodens Eigentum der spanischen Krone war. Die Bildung der heutigen Riesenbesitze muß also in der verhältnismäßig kurzen Zeit seit der Unabhängigkeitserklärung (25. Mai 1810) erfolgt sein, wobei noch besonders zu bedenken ist, daß die Herrschaft der Weißen sich damals noch auf einen ziemlich kleinen Raum beschränkte; riesige Gebiete des Innern waren noch von Indianern bewohnt und wurden erst im Laufe des vergangenen Jahrhunderts langsam erobert.

Weiter ist interessant, daß gerade

die Regierung der ersten Jahre der jungen argentinischen Republik eine Bodenpolitik verfolgte, die bei richtiger Durchführung geeignet gewesen wäre, die Bildung von Latifundien im heutigen Ausmaße zu verhindern,

die Kolonisation zu fördern und das Land einem schnellen und ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung entgegenzuführen. Es handelt sich um das von B. RIVADAVIA, dem damaligen Minister und späteren Präsidenten, im Jahre 1822 erlassene Dekret, in dem die Veräußerung von Regierungsländern ausdrücklich verboten wurde. In einem kurz darauf erlassenen ergänzenden Dekret wurde bestimmt, daß Land nur in Pacht abgegeben werden solle, und zwar mit einer Mindestpachtdauer von 20 Jahren. Die jährliche Pachtsumme sollte in Abständen von 10 zu 10 Jahren durch Kommissionen festgesetzt werden. Manche Wirtschaftler haben in diesem von RIVADAVIA eingeführten System den Versuch der Schaffung einer neuen Form des Grundbesitzes sehen wollen; der wahre Grund und Zweck seiner Politik scheint indes der gewesen zu sein, daß er dem Staat den Besitztitel am Boden erhalten wollte, um ihn als Garantie für eine in London aufzunehmende Anleihe benutzen zu können. Auf alle Fälle war das RIVADAVIASCHE System, das hier unter dem Namen „Emphyteuse“ (Erbpacht) bekannt ist — obwohl die Unvollständigkeit der fraglichen Dekrete die Bezeichnung „Erbpacht“ eigentlich nicht rechtfertigt —, für die anfängliche Entwicklung des Grundbesitzes in Argentinien von großer Bedeutung.

Indes wie groß auch der Nutzen des Systems bei richtiger Durchführung für das Land hätte sein können, — es wurde ihm gar keine Zeit gelassen, diese Nützlichkeit zu beweisen. Von den Nachfolgern RIVADAVIAS, ganz besonders von ROSAS, wurde das System schon bald in der schärfsten Weise angegriffen und durchbrochen. Von Anfang an hatten sich einzelne Personen die Großzügigkeit, mit der es gehandhabt wurde, und das Fehlen einer Größenbegrenzung zu nutze gemacht, um große Landstücke für sich oder ihre Familienangehörigen in Anspruch zu nehmen, ohne eine Pachtrente zu bezahlen. Auch die späteren Versuche der Regierung, die Landmenge, die von einer einzelnen Person in Anspruch genommen werden durfte, zu begrenzen, wurden durch Vorschlebung von Strohmännern umgangen.

In größerem Maße wurde das System zum erstenmal 1832 durchbrochen, als zum Zweck der Siedlung Grenzlandereien als Eigentum verschenkt wurden. Im Jahre 1836 folgte dann ein Gesetz, wonach 1500 Quadratleguas Land zum Verkauf gestellt wurden. (Eine legua = 5 km; eine Quadratlegua also 25 qkm. 1500 Quadratleguas sind mithin 37 500 qkm, das heißt: 10 Prozent mehr als die Gesamtbodenfläche der Niederlande.) 1857 erging ein Gesetz, wodurch die Regierung zur Verpachtung von Staatslandereien bis zur Höchstdauer von acht Jahren ermächtigt wurde; gleichzeitig wurden ihr jedoch Vollmachten zur Veräußerung dieser Landereien gegeben. Die Menge, die von einer einzelnen Person übernommen werden konnte, wurde je nach Lage auf 3 oder 6 Quadratleguas (75 oder 150 qkm) begrenzt. Der Zweck dieser Maßnahme war die Förderung der Kolonisierung; mangels scharfer Kontrolle wurde er jedoch nicht erreicht, sondern

der Erfolg war nur der, daß die Landereien in den Privatbesitz von Spekulanten übergingen.

Die endgültige Aufhebung des Emphyteuse-Systems erfolgte im Jahre 1867 durch ein Gesetz, das die weitere Verpachtung von öffentlichen Landereien verbot und

ihren Verkauf anordnete. Die bisherigen Pächter oder Unterpächter sollten dabei das Vorkaufsrecht genießen. Die Bedingungen waren leicht; der Strom landhungriger Einwanderer aus Europa, der schon stärker zu fließen begann, fing bereits an, den Wert des Landes in die Höhe zu treiben, so daß die Unterverpachtung ein gutes Geschäft war; die liberale Handhabung des Gesetzes machte eine Umgehung der vorgesehenen Mengenbegrenzung leicht. So kam es, daß

ganze Familien auf den Namen jedes ihrer Glieder Konzessionen erwarben und auf diese Weise Dutzende von Quadratleguas in ihrem Besitz ansammelten.

Die meisten derjenigen, die bisher Land erworben hatten, hatten es wenigstens gekauft. Nebenher veräußerte allerdings der argentinische Staat auch riesige Strecken Landes, indem er es an Offiziere und Soldaten des Heeres als Belohnung für geleistete Dienste verschenkte. Sogar Verwaltungsbeamte erhielten solche Landgeschenke. Zum Teil handelte es sich auch dabei um erhebliche Flächen.

Man hat beim Studium dieser Frage den Eindruck, daß die damaligen argentinischen Regierungen vom größten Eifer besessen waren, den Staat seines wertvollsten Besitzes zu berauben und diesen so schnell wie möglich in den

Privatbesitz von Günstlingen, Politikern und Spekulanten

überzuleiten. Wie heftig dieses Bestreben war, geht daraus hervor, daß, während noch das Heer in Kämpfen mit den Indianern, den ursprünglichen Bewohnern des Landes, lag, schon Verkäufe getätigt wurden, die gültig werden sollten, „sobald die betreffenden Strecken erobert wären“. Es ist klar, daß all dies nur dazu diente, Aufkäufer und Spekulanten zu begünstigen. Auch bei der Versenkung von Landereien waren diese Elemente zur Stelle. Es wurde dem Begünstigten ja kein Titel auf eine

bestimmte Stelle ausgehändigt, sondern lediglich ein Gutschein, der ihn berechtigte, sich das betreffende Stück Boden an einer ihm passenden Stelle des Landes auszusuchen. Diese Gutscheine wurden von den Spekulanten für billiges Geld erworben, und auf diese Weise gingen große Gebiete in einzelne Hände über.

Es würde zu weit führen, auf die einzelnen Gelegenheiten einzugehen, bei denen die Regierung Privatpersonen die Möglichkeit bot, sich auf gesetzliche oder ungesetzliche Weise in Besitz von Land zu setzen. Eine solche war unter anderem die Gründung der Städte im Innern; es ist eine bezeichnende Tatsache, daß heute in vielen Ortschaften des Innern die größten Grundbesitzer die Abkömmlinge von Mitgliedern der Kommissionen sind, die seinerzeit von der Regierung mit der Gründung dieser Dörfer und der Verteilung des überschüssigen Landes beauftragt wurden. Aus dem vorhin Gesagten geht wohl schon hinreichend deutlich hervor, daß

die argentinischen Latifundien, abgesehen davon, daß das ganze Land den Ureinwohnern mit Gewalt weggenommen wurde, auf dem Wege entstanden sind, wie es auch in anderen Ländern geschehen ist: durch Erschleichung, Betrug, Spekulation, kurz alles das, was man im Deutschen so sinnig mit „Schiebung“ bezeichnet.

Zum Beweis dieser Annahme dienen einige Fälle, die vom Verfasser des genannten Buches angeführt werden; diese Fälle wurden von einem Provinzialpräsidenten, der es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren konnte, solche Betrügereien zu gestatten, dem Gericht zur Verfolgung übergeben, — ohne daß allerdings bekannt geworden wäre, was aus dem Verfahren geworden ist. Jedenfalls darf man aber vermuten, daß diesen wenigen zur Anzeige gebrachten Fällen eine Vielzahl solcher gegenübersteht, die nie bekannt geworden sind, weil die damaligen unsicheren Rechtsverhältnisse diese „Schiebungen“ begünstigten.

Die Grundlage der Klassenherrschaft.

Dies wäre also in großen Zügen die Entstehung der argentinischen Latifundien. Jetzt noch einige Zahlen, die ihre Ausdehnung dartun sollen. Es sei nochmals daran erinnert, daß es genaue und erschöpfende Unterlagen nicht gibt, die folgenden Angaben also nur ein ungefähres Bild vermitteln können.

Nach einer im Jahre 1914 angestellten Erhebung gab es in Argentinien

2958 Besitzungen von	5 000 bis 10 000 Hektar,
1474 „ „	10 000 „ 25 000 „
485 „ „	mehr als 25 000 „

Diese Statistik beschränkte sich jedoch darauf, die Zahl der einzelnen Besitzungen zu zählen, ohne sich darum zu kümmern, wie viele davon einem einzelnen Besitzer gehörten. Wie groß die Flächen sind, die zum Teil in einzelnen Händen vereinigt sind, geht aus dem Folgenden hervor; es steht ziemlich fest, daß es noch viel mehr solcher Fälle geben wird.

Das Herz Argentiniens ist die Provinz Buenos Aires mit einer Gesamtfläche von 305 000 qkm (also rund zwei Drittel der Bodenfläche Deutschlands). Von diesem Gebiet besitzen

1048 Familien	9 843 385 Hektar in Latifundien
	von mehr als je 5 000 Hektar
50 Familien	4 663 575 Hektar in Latifundien
	von mehr als je 30 000 Hektar
3 Familien	1 026 944 Hektar in Latifundien
	von mehr als je 100 000 Hektar

Die zuletzt genannten drei Familien verfügen also insgesamt über rund 4 Millionen Morgen Land.

Je mehr man sich von Buenos Aires entfernt, um so größer werden die Latifundien. Im Chubut besitzt eine Firma 155 000 Hektar besten Landes, eine andere Firma 269 000 Hektar, die zusammen mit 390 000 Hektar, die die Firma im Bezirk Rio Negro besitzt, ein Latifundium von 690 000 Hektar ausmachen. In Neuquén besitzt eine Firma 393 764 Hektar. 70 Personen besitzen in Santa

Cruz zusammen rund 5 Millionen Hektar, was ein Durchschnitt von rund 70 000 Hektar pro Person ergibt. Dazu kommt noch mehr als die gleiche Menge Staatslandes (6 550 000 Hektar, das heißt über 90 000 Hektar pro Person), das diese Leute in Verwaltung haben. Im gleichen Gebiet (Santa Cruz) besaßen zwei Firmen je 1 100 000 Hektar. Die beiden Firmen sind verfallen; sie verfügten insgesamt also über 2 200 000 Hektar, zuzüglich der in ihrer Verwaltung stehenden Staatsgüter im Ausmaße von 3 759 000 Hektar also über zusammen 6 614 000 Hektar.

Im Feuerland, von dessen Gesamtfläche von rund 2 Millionen Hektar 1 Million zur Viehzucht geeignet ist, besaßen bis Ende 1924 vier Firmen, die zum Teil noch durch gemeinsame Interessen verbunden oder deren Inhaber verschwägert waren, mehr als 660 000 Hektar als Eigentum; außerdem hatten sie 400 000 Hektar Staatslandereien in Verwaltung.

Die gesamten Nationalterritorien Argentiniens (Formosa, Chaco, Misiones, La Pampa, Rio Negro, Neuquén, Chubut, Santa Cruz, Feuerland, Los Andes und Isla de los Estados) haben eine

Gesamtfläche (ohne die Seen) von 119 240 600 Hektar. Davon wurden 41 555 700 Hektar der besten, fruchtbarsten und am günstigsten gelegenen Gebiete an etwa 1800 Personen veräußert oder verschenkt, die jetzt deren alleinige Herren und Gebieter sind.

Im Durchschnitt entfällt also auf jede dieser Personen eine Fläche von 230 qkm, oder 23 000 Hektar, oder rund 90 000 Morgen.

Im krassen Gegensatz zu diesen Riesenbesitzungen steht die Armut der Arbeiterbevölkerung dieses Landes, wie auch großer Teile der kleinen Landwirte und Pächter, die bei härtester Arbeit kaum ihren nackten Lebensunterhalt verdienen können — ganz besonders aber der heute schon auf rund 300 000 geschätzten Arbeitslosen, die keinen Fuß breit Land ihr eigen nennen und auf Wohltätigkeit angewiesen sind.

Die einseitige Preisstützung in der deutschen Landwirtschaft.

Zollmaßnahmen und das Arsenal der sonstigen Hilfsmittel der Preisstützung werden fast nur wirksam für Getreide.

Die Folge: 1913 konnte man in Deutschland für einen Doppelzentner Schweinefleisch 6 Doppelzentner Weizen und für einen Doppelzentner Rindfleisch 5 Doppelzentner Weizen kaufen. Heute bekommt man für einen Doppelzentner Schweine- oder Rindfleisch nur noch 2 1/2 Doppelzentner Weizen. — Die deutschen Preise für Veredelungsprodukte sind kaum doppelt so hoch wie in den USA; die Getreidepreise, ab Hof, dagegen drei bis vier Mal so hoch.

Die Folge davon: Im Herbst 1931 sind in den Weidebezirken Norddeutschlands teilweise Weiden umbrochen und mit Getreide, nach Möglichkeit mit Weizen, bestellt worden!

So kommen wir immer tiefer in die Schwierigkeiten hinein. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen führen zu einer immer größeren

Fehlleitung:

Die Veredelungsproduktion, deren Erweiterung in Deutschland durchaus angemessen wäre, wird gedrosselt. Die Getreideproduktion, deren Erweiterung angesichts der niedrigen Selbstkosten auf den großen Steppengebieten in Uebersee ein ökonomischer Unsinn sondergleichen ist, wird erweitert. — t.

POLEN

Herabsetzung der Direktorengelöhler durch Notverordnung: Die polnische Regierung kündigt an, daß durch eine Notverordnung des Staatspräsidenten die Einnahmen der Direktoren, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von Aktiengesellschaften und anderen Großunternehmungen herabgesetzt werden sollen.

Berichtigung: In Nr. 129 heißt es in dem Artikel: „Aus den Konsumgenossenschaften“ in der dritten Zeile des letzten Absatzes infolge eines Druckfehlers: „mit einer 25stündigen Arbeitszeit“. Es soll heißen: „mit einer 51stündigen Arbeitszeit“.